

Seite: 13
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Gattung: Tageszeitung

Nummer: 85
Auflage: 437.298 (gedruckt) 353.010 (verkauft)
 372.028 (verbreitet)
Reichweite: 0,91 (in Mio.)

Regierung: In Deutschland wird zu viel operiert

Krankenkassen fordern Reformen, Krankenhäuser nicht

ami. BERLIN, 11. April. In deutschen Krankenhäusern wird nach Auffassung der Bundesregierung zu viel operiert. Der Anstieg der Fallzahlen und dadurch der Kosten der vergangenen Jahre sei nicht nur mit der Alterung der Bevölkerung und dem medizinisch-technischen Fortschritt zu begründen, sagte Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) am Mittwoch. Er verwies auf eine Vergleichsstudie der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), nach der Patienten in Deutschland überdurchschnittlich oft im Krankenhaus behandelt und operiert werden (F.A.Z. vom 8. April). Fachleute streiten über die Gründe dafür und mögliche Strategien zur Verhinderung überflüssiger und teurer Behandlungen. Bahr wies darauf hin, dass die Bundesregierung die Selbstverwaltung bereits damit beauftragt habe, der Frage in einem wissenschaftlichen Gutachten nachzugehen. Allerdings haben die Organisationen der Krankenhäuser und Krankenkassen Monate gebraucht, um alleine die Ausschreibung dafür vorzubereiten. Es wird deshalb nicht wie geplant bis zum Sommer vorliegen, sondern erst nach der Wahl. Das Thema ist komplex und, weil es

dabei um viele Milliarden Euro geht, sehr umstritten. In die Krankenhausversorgung fließt ein Drittel der Gesundheitsausgaben, zuletzt allein 63 Milliarden Euro der Krankenkassen. Allerdings klagen die Krankenhäuser über eine Unterfinanzierung. Die ihnen vom Gesetzgeber zugestandene Preiserhöhung reiche nicht aus, die wachsenden Ausgaben vor allem für Personal zu finanzieren. Weil die Länder die Pflichten zur Finanzierung von Gebäuden und Großgeräten nicht einhalten, sehen sich viele Kliniken gezwungen, Defizite über "mehr Menge" auszugleichen.

Die Vertreter der Krankenhäuser bestreiten allerdings rundweg, dass es zu viele Behandlungsfälle gebe. Erst recht weisen sie den Vorwurf zurück, es werde aus wirtschaftlichen Gründen mehr operiert, als medizinisch angezeigt sei. Das halten die Krankenkassen dagegen für erwiesen und begründen das mit der massiven Ausweitung der Operationen etwa von Hüften, Knien oder Wirbelsäulen. Auch in der stationären Krebstherapie liegt Deutschland laut OECD weit über dem Durchschnitt der Industriestaaten. Die Kassen halten allenfalls je ein Drittel des Mengenwachses durch die zunehmende Zahl

älterer Patienten und medizinischen Fortschritt für erklärbar.

Wolfgang Greiner vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hält falsche Anreize im Bezahlssystem der Krankenhäuser für eine Ursache der Mengenausweitung. Dem könne man begegnen, indem die Kassen mit den Krankenhäusern Behandlungsverträge für Patienten abschließen könnten oder das heute am einzelnen Fall orientierte Pauschalpreissystem weiter aufgefächert würde. Er skizzierte auch eine Option - ähnlich wie beim Klimaschutz und dem Handel mit Kohlendioxidrechten -, den Krankenhäusern eine bestimmte Menge an abrechnungsfähigen Operationsrechten zuzuteilen. Diese wären handelbar. Den Vorschlag, für den auch die Allgemeine Ortskrankenkassen werben, lehnen die Kliniken ab.

Strittig ist auch die Qualität der Krankenhausleistungen. Der Arzt Reinhard Busse von der Technischen Universität Berlin sagte, deutsche Krebspatienten stürben im Schnitt binnen fünf Jahren ebenso oft wie Krebspatienten in anderen Ländern, obwohl das deutsche System aufwendiger und teurer sei.

Abbildung: Lukratives Geschäft
Abbildung: Foto dpa
Wörter: 444